

KURZ UND PRÄGNANT

Protest gegen Stellenabbau bei Siemens

Zu den Plänen des Siemens Konzerns, trotz eines Milliardengewinns im Jahr 2014 weltweit 7.800 Stellen abbauen zu wollen, erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion und Parteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow: „Bei einem Gewinn von 5,5 Milliarden nun einen massiven Stellenabbau anzukündigen, um eine weitere Milliarde Überschuss zu erwirtschaften, ist ein verantwortungsloser Umgang mit der eigenen Belegschaft und deren Familien. Jetzt haben Beschäftigte nicht nur Managementfehler ausbaden, sondern müssen auch bei guter wirtschaftlicher Lage die Profitgier ihrer Unternehmensleitungen fürchten. Das Bemühen der Thüringer Arbeitsministerin Heike Werner um Vermittlung ist ausdrücklich zu unterstützen.“ Die Abgeordnete verwies auf Debatten in der sozialistischen Partei Frankreichs, eine derartige Unternehmenspolitik einzuschränken. „Die Unternehmenspraxis von Siemens verdeutlicht, dass es längst an der Zeit ist, Forderungen von Gewerkschaften und der LINKEN wieder aufzunehmen, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Stellenabbau bei hohen Gewinnen untersagen.“ Vom angekündigten Stellenabbau bei Siemens sind auch Thüringer Beschäftigte u.a. beim Siemens Generatorenwerk am Standort Erfurt betroffen. ■

Unterstützung von Fanprojekten

Der sportpolitische Sprecher der Linksfraktion, Knut Korschewsky, spricht sich gegen eine finanzielle Mitverantwortung der Thüringer Fußball-Vereine für Polizeieinsätze aus, wie dies jüngst in einigen Medien vorgeschlagen wurde. „Diese Diskussion zäumt das Pferd von hinten auf, denn es ist falsch, das tatsächlich vorhandene Sicherheitsproblem allein an den Kosten von Polizeieinsätzen zu messen. Die Debatte, wer die Polizeieinsätze bezahlt, wird uns nicht helfen, die Probleme in diesem Bereich zu bewältigen. Es muss stattdessen darum gehen, wie wir vorbeugend tätig werden können.“ Knut Korschewsky verweist darauf, dass Fanprojekte zum Beispiel eine gewaltfreie Fankultur entwickeln, die Spaß macht und Fans aller Altersgruppen anzieht. „Es ist doch sinnvoll, die Fan-Arbeit der Vereine und vor allem die hochmotivierten Fanprojekte zu fördern, statt viel Geld in die Repression zu stecken. Die Fraktion DIE LINKE wird auch künftig ihre Möglichkeiten nutzen, um die Fan-Arbeit der Thüringer Vereine und Fan-Projekte nachhaltig zu unterstützen“, so der LINKE Sportpolitiker.“ ■

Rot-Rot-Grün schnürt Kommunalkpaket 2015

Mit zusätzlichen Landesmitteln werden dringend notwendige Investitionen ermöglicht

Am 29. Januar hat ein Koalitionsausschuss zum Thema Finanzen zwischen den Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den haushalts- und kommunalpolitischen Sprechern sowie der Thüringer Finanzministerin, Heike Taubert, und dem Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, Dr. Holger Poppenhäger, getagt und sich mit der geplanten Stärkung der Kommunalfinanzen im Übergangsjahr 2015 befasst.

Im Ergebnis kam man darüber ein, die Kommunen 2015 um einen Betrag von 135 Millionen Euro zu entlasten. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus zusätzlichen Landesmitteln in Höhe von 94 Millionen Euro und der Durchreichung von 41 Millionen Euro Bundesmitteln an die Kommunen. Mit den zusätzlichen Landesmitteln werden dringend notwendige Investitionen ermöglicht. Die Mittel werden überwiegend als Pauschalen ausgereicht.

Darüber hinaus können die Thüringer Kommunen in 2015 mit weiteren finanziellen Entlastungen rechnen, die sich aus verbesserten Steuereinnahmen und zweckgebundenen Zuweisungen des Landes ergeben, mit denen frühere Beschlüsse umgesetzt werden. Gegenüber der Summe aus Finanzausgleichsmasse 2014 und Steuereinnahmen 2014 erhöht sich die 2015 zur

Verfügung stehende kommunale Finanzmasse dadurch um 242 Millionen Euro.

Nach einem Treffen, ebenfalls am 28. Januar, mit den kommunalen Spitzenverbänden erklärten die Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Susanne Hennig-Wellsow, Mat-

tias Hey und Dirk Adams dazu: „Rot-Rot-Grün liefert. Wir haben im Koalitionsvertrag versprochen, den notleidenden Kommunen mit einem Hilfspaket unter die Arme zu greifen.“

Heute haben wir auf Basis der von Kommunalminister Poppenhäger vorgelegten Eckpunkte einvernehmlich ein Hilfspaket in dreistelliger Millionen-

höhe geschnürt. Wir verbinden die drei Kernelemente des rot-rot-grünen Haushaltskonsenses miteinander. Das Land bleibt auf dem Konsolidierungspfad und beschränkt die Entnahme aus der Rücklage auf den unabwiesbaren Bedarf. Wir tragen dafür Sorge, den finanziellen Spielraum der Thüringer Kommunen im Jahr 2015 zu erweitern und geben ihnen eine schnelle Hilfe für die Bewältigung dringender Aufgaben.

Konsolidieren, Vorsorgen, Helfen, das ist der Dreiklang einer vorausschauenden Haushaltspolitik. Das gestern beschlossene Kommunalkpaket 2015 baut für die Kommunen eine tragfähige Brücke zum neuen kommunalen Finanzausgleich ab 2016, über den Kabinett und Landtag schnellstmöglich beschließen werden.“ ■

Stärkung der Kommunalfinanzen im Übergangsjahr 2015

(Voraussetzung der Paketen BfL, LMK, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)



Bodo Ramelow bei Besuchergruppe „Haus Zuflucht“

Seine wohl letzte Besuchergruppe, die Ministerpräsident Bodo Ramelow als Abgeordneter im Thüringer Landtag empfangen hat, waren am 30. Januar Gäste aus dem Erfurter „Haus Zuflucht“. Die Einrichtung der Evangelischen Stadtmission bietet im Norden der Landeshauptstadt Nachtschlaf und Notübernachtung sowie ambulantes betreutes Wohnen für chronisch Alkoholkrankte und langjährig Wohnungslose mit Mehrfacherkrankungen.

Gemeinsam mit einer ganzen Reihe von den im „Haus Zuflucht“ untergebrachten und betreuten Männern waren auch die Leiterin der Einrichtung, Constanze Gröckel, und der Geschäftsführer der Stadtmission, Christoph Knoll, gekommen. Bodo Ramelow und die Erfurter Wahlkreisabgeordnete der LINKEN Karola Stange, die den regelmäßigen Kontakt zum „Haus Zuflucht“ hält, würdigten die vor Ort geleistete engagierte Sozialarbeit.

Der Thüringer Ministerpräsident betonte, er finde den Umgang unserer Gesellschaft mit Nichtsesshaften „skandalös“. Er unterstrich die Notwendigkeit, verstärkt Zufluchtsmöglich-



lichkeiten und Perspektiven zu entwickeln und verwies in diesem Zusammenhang auch auf Maßnahmen für einen leichteren Zugang zur ärztlichen Versorgung.

Die Leiterin des „Hauses Zuflucht“ hatte erklärt, dass wohnungslose Menschen kaum eine Lobby haben, nicht selten sei der Zustand von Obdachlosenunterkünften, besonders auch in

kleineren Städten, menschenunwürdig. Zudem gebe es keine fachlichen Standards für solche Einrichtungen.

Verschiedene andere Themen wurden von den Besuchern nachgefragt. Da ging es z.B. um die Aufarbeitung von DDR-Geschichte und -Unrecht, um die Kommunalfinanzen oder die Unterbringung von Flüchtlingen. ■